

Herausgeber
Heinrich Bechtoldt
Herbert von Borch
Kurt Georg Kiesinger
Klaus Ritter
Walter Scheel
Helmut Schmidt
Richard von Weizsäcker

AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für
internationale
Fragen**

Werner Ungerer
Europa-Politik unter deutscher Präsidentschaft

Paul Frank
Zwanzig Jahre deutsch-französischer Vertrag

Gerhard Wettig
Die sowjetischen INF-Daten kritisch beleuchtet

Falk Bomsdorf
Eine nuklearwaffenfreie Zone im Norden und die UdSSR

Klaus W. Grewlich
Transnationale Informations- und Datenkommunikation

Klaus Frhr. von der Ropp
Konflikte im Umfeld der Republik Südafrika

Hans-Heinrich Winckler
Menschenrechte in den Strategien der Politik

Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften

34. Jahrgang

1/83

1. Quartal 1983 Verlagsort Hamburg DM 12,50

ISSN 0004-8194

**INTERPRESS
Übersee Verlag GmbH
Hamburg**

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

Jg. 34 1. Quartal 1983

| | |
|--|-----------|
| Werner Ungerer Europa-Politik unter deutscher Präsidentschaft | 3 |
| Paul Frank Zwanzig Jahre deutsch-französischer Vertrag | 17 |
| Gerhard Wettig Die sowjetischen INF-Daten kritisch beleuchtet | 31 |
| Falk Bomsdorf Eine nuklearwaffenfreie Zone im Norden und die UdSSR | 45 |
| Klaus W. Grewlich Transnationale Informations- und Datenkommunikation | 67 |
| Klaus Frhr. von der Ropp Konflikte im Umfeld der Republik Südafrika | 80 |
| Hans-Heinrich Winckler Menschenrechte in den Strategien der Politik | 93 |
| Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften | 98 |

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Herbert v. Borch, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (0711) 45 01 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS-Übersee Verlag GmbH, Schöne Aussicht 23, D-2000 Hamburg 76, Telefon 2 28 52 26. Verleger: Friedrich Reinecke, Anzeigen: Z. Z. ist Preisliste Nr. 10 gültig. Druck: Druck- und Verlagshaus Friedrich Pörtner, Kapitän-Dallmann-Straße 41-43, D-2820 Bremen-Nord.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen 6 Wochen vor Quartalschluß.

Konflikte im Umfeld der Republik Südafrika

In der Republik Südafrika und auch in Südwestafrika/Namibia kommen alle Versuche zur Lösung der Probleme nicht voran, oder sie können bereits als gescheitert angesehen werden. Infolgedessen kommt auch das geographische Umfeld im Süden Afrikas nicht zur Ruhe. Pretoria übt auf diese Länder Druck aus, um sie daran zu hindern, in umgekehrter Richtung Druck auf die Politik im eigenen Land auszuüben. Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn, untersucht diese Wechselwirkungen und knüpft damit an seinen Beitrag »Die Tragik radikaler Postulate in Südafrika« in dieser Zeitschrift (Heft 3, 1982) an. Für Südwestafrika/Namibia besteht keine Aussicht, daß die sogenannte Kontakt-Gruppe der fünf westlichen Staaten, an der auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist, ihre Vorschläge durchsetzen kann. Das hat an sich nichts mit dem Wechsel in der amerikanischen Präsidentschaft von Carter zu Reagan zu tun. Allerdings ist durch den amerikanischen Plan, eine Freigabe Südwestafrikas/Namibias mit dem Abzug der Kubaner aus Angola zu koppeln, eine neue Hürde aufgebaut worden. Durch den militärischen Vorstoß der Südafrikaner nach Südafrika ist freilich alles blockiert. Zimbabwe hat die Hoffnung, ein Modell-Charakter zu erlangen, in Frage gestellt. Zwar ist nur ein Viertel der Weißen abgewandert; 170 000 Weiße sind geblieben, und 5500 weiße Großfarmer sichern die Ernährung der Städte und den landwirtschaftlichen Export. Aber der offene Konflikt zwischen Mugabe und Nkomo bringt viel Unsicherheit ins Land und birgt die Gefahr offener Auseinandersetzungen in sich. Zimbabwe hat zwar den wirtschaftlichen Niedergang bis jetzt verhindern können, wie ihn Angola und Mozambique erlebt haben, weil fast alle Portugiesen (800 000) abgewandert sind. Vom Osten kam aber nicht die benötigte Hilfe. Beide Staaten suchen den Anschluß an die Europäische Gemeinschaft und deren Abkommen mit den AKP-Staaten. Um sich diesen Weg zu öffnen, haben sie auch im vorigen Jahr einer Berlin-Klausel zugestimmt. Südafrika hat sich nicht nur durch seinen Vorstoß nach Angola, sondern auch durch die Unterstützung der Widerstandsbewegung in Mozambique offensive Instrumente vorbehalten. – Der Verfasser bringt seine persönliche Meinung zum Ausdruck.

I. Vorbemerkungen

Der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister und spätere langjährige Präsident der Weltbank Robert McNamara führte im Herbst 1982 in Johannesburg aus, der Konflikt in und um Südafrika drohe in den 90er Jahren die Gefährlichkeit des Nahost-Konfliktes zu erreichen. In einem in manchem ähnlichen Sinn hatte sich kurz zuvor der frühere Außenminister Henry Kissinger bei einer Konferenz des *South African Institute for International Affairs* geäußert: »... There seem to me to be four fundamental realities... Third: South Africa is of the greatest strategic importance to the non-communist world, but not only geographically but in terms of resources, some of them nearly irreplaceable elsewhere... However this last reality has one powerful limiting condition... South Africans must not deceive themselves with comforting thoughts about strategic geography and resources into believing that severe moral and political differences will not override them. Nor can even the most geopolitically-oriented American statesmen fail to take into account the aspirations and convictions of the preponderant majority of this continent... I do not know whether Southern Africa is heading for further tragedy, or for a future of progress and reconciliation...«¹.

¹ Dieser Anfang September 1982 in Johannesburg bei der Second International Outlook Conference gehaltene Vortrag («American Global Concerns and Africa») wurde bislang noch nicht veröffentlicht.

In dem zurückliegenden Jahrzehnt wurden verschiedene Versuche unternommen, die Konflikte in und um Südafrika und Südwestafrika (SWA/Namibia) zu lösen. Ihnen ist gemein, daß sie alle mehr oder weniger kläglich scheiterten. Zu nennen ist hier zunächst die von dem ehemaligen südafrikanischen Ministerpräsidenten Balthazar Johannes Vorster in den Jahren 1974 bis 1976 propagierte Politik der Entspannung gegenüber dem schwarzen Afrika². Sie scheiterte vor allem daran, daß die südafrikanische Politik der »détente« nach außen – so ein seinerzeit in regierungskritischen Kreisen Südafrikas verbreitetes Wortspiel – im Inneren des Landes von einer Politik der »detention« begleitet wurde. M.a.W., das weiße Südafrika war zum fundamentalen Wandel im Inneren weder willens noch in der Lage.

In den Jahren 1977 bis 1979 folgten dann die maßgeblich von den Regierungen in Washington, Bonn und London geprägten Initiativen zur Lösung der SWA-Namibia-Problematik, der eine analoge Initiative zur Lösung des Südafrika-Konfliktes folgen sollte³. Auch für diese Politik gilt wohl, daß sie von Anfang an zum Scheitern verurteilt war⁴, litt sie doch u.a. an folgenden Mängeln:

- 1) Eine weitgehende Konzeptionslosigkeit und, daraus resultierend, eine schwer zu begreifende Unterschätzung weißafrikanischen Widerstandswillens und Widerstandskraft;
- 2) die unverständliche Gleichsetzung der Probleme der europäisch-südafrikanischen Siedlerkolonie SWA/Namibia (und Rhodesien/Zimbabwes) mit denen des Mehrvölkerstaates Südafrika;
- 3) die mangelnde Bereitschaft der hier involvierten westlichen Staaten, die Durchsetzung des, ob nun zu Recht oder Unrecht, einmal eingeschlagenen Kurses gegenüber Pretoria und Windhoek mit Sanktionen auch wirtschaftlicher Natur zu erzwingen.

Bei aller berechtigten Kritik an dieser Politik westlicher Staaten sollte aber doch gefragt werden, ob eine wirklich konstruktive Politik, wie sie etwa Volkmar Köhler⁵, der neue Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, im September 1982 vor dem *South African Institute of International Affairs* forderte, in Pretoria und Windhoek positiv aufgenommen worden wäre. Es gibt sehr viele Faktoren, die gegen eine bejahende Antwort auf diese Frage sprechen. Denn im weißen Südafrika herrscht weitgehend ideologische Verblendung – oder bestenfalls Ratlosigkeit, nicht aber der von Köhler angesprochene und vorausgesetzte Wille, durch Verhandlungen mit den legitimen Repräsentanten der schwarzen Mehrheit die internen Probleme beider Länder zu lösen. Dennoch wäre der Ansatz Köhlers sehr zu begrüßen gewesen: Denn in den süd- und südwestafrikanischen Schwarzen wären nicht Hoffnungen geweckt

2 Dazu detailliert Klaus Frhr. von der Ropp: »Südafrika zwischen friedlichem Ausgleich und Gewalt«, S. 296–313, in »Die Internationale Politik 1975/76«, Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn, 1981.

3 S. dazu u. a. das Interview mit Andrew Young in »Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt« (Hamburg) vom 28. Januar 1979, S. 8, und die Äußerungen von H.-D. Genscher vor dem UN-Sicherheitsrat, nachgedruckt in »Bulletin des Bundespresse- und Informationsamtes« (Bonn) Nr. 116 (1978), S. 1084–85. Vgl. ferner die Pressekonferenz mit Walter Mondale im Mai 1977 in Wien; deren Text ist abgedruckt in Colin Legum (Hrsg.): »Africa Contemporary Record/Annual Survey and Documents 1977–78«, S. C 27–31, New York and London, 1979.

4 In diesem Sinn Klaus Frhr. von der Ropp: »Frieden oder Krieg im südlichen Afrika?«, in »Außenpolitik« 1977. 4. Quartal, S. 437–454 (437–445); ders. »Konfliktherde im südlichen Afrika – Rhodesien, Namibia, Südafrika«, S. 269–285, in »Die Internationale Politik 1977/78«, Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn, 1982.

5 Das Referat V. Köhlers (»Europe's Role in Africa in German Eyes«) ist bislang noch nicht publiziert worden, s. Fußnote 1.

worden, die keine westliche Regierung erfüllen wird. Und ferner wären auch nicht eher kritische Weiße, wie dies in der zweiten Hälfte der 70er Jahre aus nackter Existenzangst heraus häufig geschah, in Scharen in das Lager der Reaktionäre abgewandert.

An der Unfähigkeit zum einschneidenden Wandel im Inneren scheiterte schließlich die von dem seit Herbst 1978 im Amt befindlichen Ministerpräsidenten P. W. Botha mit großem Aufwand propagierte Politik der Reformen (*»adapt or die«*). So war etwa die Vorstellung Bothas, Apartheid-Südafrika, die von Pretoria in die »Unabhängigkeit« entlassenen Reservate sowie einige der Pretoria bislang feindlich gesonnenen schwarzafrikanischen Anliegerstaaten zu einem Bündnis, einer »Konstellation von Staaten des südlichen Afrikas« zusammenzufassen, nie mehr als eine totgeborene Idee⁶.

Wäre in den zurückliegenden Jahren den Westmächten und Pretoria/Windhoek ein Durchbruch gelungen, so wäre auch das in Angola, Mozambique und Zimbabwe angehäufte Konfliktpotential gemindert worden. Diese Staaten wären dann nämlich nicht mehr in die Befreiungskriege um Süd- und Südwestafrika verwickelt, mithin frei von all jenen Pressionen, denen sie heute von Seiten der Regierung in Pretoria und Windhoek sowie der Befreiungsbewegungen SWAPO, ANC und PAC ausgesetzt sind. Wie ein von SWAPO, der mit großem Abstand stärksten Kraft des Landes, geführtes SWA/Namibia, so wären allerdings auch Zimbabwe, Angola und Mozambique den meisten (oder allen) jener Probleme ausgesetzt, denen das Nachrichtenmagazin *»Newsweek«* kürzlich einen Artikel unter der Überschrift *»Black Africa: In Shambles«* widmete⁷. Dort heißt es u. a. *»Most Black African States are trapped in . . . a permanent state of beggary . . . And they face an apocalyptic array of natural and man-made disasters: drought, disease, famine, tribal slaughters, coups, banditry and graft«*. Und weiter unten wird Edem Kodjo, Generalsekretär der OAU, mit der Feststellung zitiert *»Our ancient continent is now on the brink of disasters, hurtling toward the abyss of confrontation, caught in the grip of violence, sinking into the dark night of bloodshed and death.«* Sollte der afrikanische Kontinent südlich der Sahara tatsächlich irgendwann im Chaos versinken, so wird für die Anrainerstaaten der Republik Südafrika, angesichts derer hier nur skizzierten zusätzlichen Probleme, der Fall besonders tief sein.

II. Zu den Entwicklungen in SWA/Namibia

1. Fortgang und Scheitern der westlichen Vermittlungsinitiative

Schon um die Jahreswende 1978/79 bot die SWA/Namibia-Initiative der in der sog. Kontaktgruppe (KG) zusammengefaßten, seinerzeitigen westlichen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates (USA, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Kanada und Frankreich) ein desolates Bild. Denn Südafrika ant-

6 S. statt aller anderen Deon Geldenhuys and Denis Venter: *»A Constellation of States: Regional Cooperation in Southern Africa«*, in *»International Affairs Bulletin«* (Braamfontein), 3/1979, S. 36–72. Vgl. auch William Gutteridge: *»Strategy for Survival«*, in *»Black Sash«* (Johannesburg) 1/1982, S. 5–15.

7 *»Newsweek«* (New York) vom 19. Juli 1982, S. 20–25. S. in diesem Zusammenhang: World Bank: *»Accelerated Development in Sub-Saharan Africa/An Agenda for Action«*, Washington, 1981. S. ferner Carl K. Eicher: *»Facing Up to Africa's Food Crisis«*, in *»Foreign Affairs«* (New York) 1982. Herbst, S. 151–174.

wortete auf die im Oktober 1978 in Pretoria von den Außenministern der KG-Staaten beschwörend vorgetragene Aufforderung, den von ihnen in nahezu zweijähriger intensiver Diplomatie erarbeiteten, in Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates niedergelegten Plan zur Lösung des SWA/Namibia-Problems auf seine Art: Es schlug alle Warnungen und Drohnungen der Fünf in den Wind, ignorierte Resolution 435 und trieb seine eigene »interne« Lösung voran, indem es Anfang Dezember 1978 eine Nationalversammlung wählen ließ. Später installierte Pretoria aus dem Kreis der Mitglieder dieser Versammlung in Windhoek eine Regierung und übertrug ihr weitergehende Kompetenzen. Die Westmächte protestierten mit Worten, denen jedoch noch nicht einmal Gesten der Mißbilligung, geschweige denn Taten folgten. Pretoria erkannte, daß es mit den zuvor so selbstsicher und fordernd auftretenden Westmächten ein relativ leichtes Spiel haben würde. Das schwarze Afrika nördlich und südlich der Grenzflüsse Kunene und Limpopo aber verlor den Glauben an den Willen der westlichen Staaten, den Unterdrückten in SWA/Namibia und Südafrika die Freiheit zu bringen.

Den letzten Kredit, diesmal in Pretoria/Windhoek, verspielten die Westmächte Anfang 1979. Damals verlangten SWAPO und die Frontstaaten, mit Beginn der Übergangsphase bis hin zur Unabhängigkeit des Landes SWAPO militärische Basen in SWA/Namibia einzurichten. Wahrscheinlich fand diese Forderung den Beifall des seit eh und je mit ihr sympathisierenden Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für SWA/Namibia, des Finnen Martti Ahtisaari. Die von dieser Entwicklung sichtlich überraschten Westmächte widersetzten sich dieser neuen Forderung nicht, sondern waren, wenn auch vergebens, bemüht, Pretoria/Windhoek zum Nachgeben zu bewegen.

Damit war die westliche SWA/Namibia-Initiative klinisch tot. Wenn heute häufig, das sei hier beiläufig vermerkt, die These zu hören ist, sie sei erst mit der Ablösung der Carter-Administration durch die Regierung Ronald Reagans im Januar 1981 gescheitert, so ist das nicht mehr als der Versuch der Geschichtsklitterung. So brachten dann auch alle im weiteren Verlauf des Jahres 1979 und 1980 von den Mittelstaaten unternommenen Anstrengungen, die sich auf die Schaffung einer demilitarisierten Zone beiderseits der angolanisch-namibischen Grenze konzentrierten, keine Ergebnisse mehr.

Bislang erfolglos blieben aber auch alle Anstrengungen des seit Frühjahr 1981 amtierenden amerikanischen *Assistant Secretary of State for African Affairs*, Chester Crocker. Pretoria geht nämlich inzwischen davon aus, daß SWAPO jede freie Wahl haushoch gewinnen wird, kann ein solches Ergebnis aber seit der Abspaltung der *Konserwatieve Party* Andries Treurnichts von der regierenden *Nasionale Party* (im Februar 1982) innenpolitisch noch weniger verkräften als zuvor. Es sabotiert daher die von der KG geführten Verhandlungen.

Von daher waren die nach den amerikanisch-südafrikanischen Besprechungen in Washington und den langwierigen Verhandlungen der KG mit SWAPO und den Frontstaaten im Sommer 1982 auftauchenden Meldungen, alle bislang noch offenen Punkte seien jetzt gelöst worden, nie recht glaubwürdig. Möglicherweise wurde aber in zwei der bislang noch offenen Streitfragen eine Einigung erzielt: die

Überwachung der in Angola und Zambia gelegenen SWAPO-Basen durch Militärs der *UN Transition Assistance Group* (UNTAG) für SWA/Namibia sowie eine vom UN-Sicherheitsrat zu verabschiedende Resolution, in der, entgegen zahllosen Resolutionen der UN-Vollversammlung, festgestellt wird, daß SWAPO nicht der einzige und authentische Vertreter des Volkes von SWA/Namibia sei. Durch diese Resolution soll erreicht werden, daß die UN in Zukunft unparteiisch handelt. Allem Anschein nach haben sich die streitenden Parteien bislang aber nicht über die Zusammensetzung UNTAGs nach nationalen Kontingenten einigen können, obwohl hohe südafrikanische Offiziere darüber Anfang August 1982 in New York mit dem indischen General Prem Chand verhandelten. Auch scheint weiterhin Streitig zu sein, ob die anstehenden Wahlen in SWA/Namibia unter Zugrundelegung des Mehrheits- oder Verhältniswahlrechts oder einer Mischform beider Systeme stattfinden sollen.

2. Neuer Verhandlungsgegenstand: die Kubaner in Angola

Hinzu kommt, daß Pretoria und, entgegen vielen das Gegenteil bekundenden Äußerungen, wohl auch Washington (nicht aber die übrigen KG-Staaten!) ein »*linkage*« zwischen der Freigabe SWAs/Namibias durch Südafrika und dem Abzug der seit Ende 1975 in Angola stationierten vielen tausend kubanischen Soldaten sehen. So sehr Südafrika und die USA an einer solchen Flurbereinigung interessiert sein müssen, so sehr liegt doch auf der Hand, weshalb Luanda die entsprechenden Verhandlungen mit Washington bislang hat scheitern lassen: Der Abzug der Kubaner hätte wahrscheinlich den Verlust jedweder staatlichen Autorität zur Folge, zumindest würde der angolansische Bürgerkrieg von 1975/76 eine Neuauflage erleben. Nicht ersichtlich ist, wie die 1975/76 den Kubanern unterlegene, jedoch weiter im Süden des Landes operierende gefolgschaftsstarke Befreiungsbewegung UNITA (*Uniao Nacional para a Independência Total de Angola*) oder die in Luanda dank des Engagements der Kubaner herrschende MPLA (*Movimento Popular de Libertação de Angola*) diese Auseinandersetzung für sich sollen entscheiden können. Denn (auch) der MPLA fehlen nach über sieben Jahren der Mißwirtschaft wohl noch mehr als seinerzeit bei Machtantritt die Mittel, UNITA militärisch oder politisch zu besiegen und so das Land ohne fremde Hilfe unter Kontrolle zu halten. Daß aber die MPLA die UNITA, ohne zuvor militärisch in Schwierigkeiten zu geraten zu sein, an der Regierungsverantwortung in Luanda beteiligt, erscheint schon aufgrund des Selbstverständnisses der MPLA als einer marxistisch-leninistischen Partei recht zweifelhaft.

Wer sollte also an die Stelle des kubanischen Expeditionskorps treten? Die OAU ist wegen ihres einigermaßen desolaten Zustandes 1982 dazu noch weniger fähig als 1975, als bei der (12.) Gipfelkonferenz in Kampala/Uganda schon einmal über die Aufstellung und Entsendung einer solchen OAU-Friedensstreitmacht nach Angola debattiert wurde⁸. Schließlich fällt es schwer, an die Seriosität vereinzelt aufgetauchter Meldungen zu glauben, die Regierung in Luanda könne sich damit ein-

8 S. Klaus Frhr. von der Ropp »Die OAU im internationalen System der mittsiebziger Jahre...«, in »Internationales Afrika Forum« (IAF/München) 9-10/1975, S. 510-518 (513).

verstanden erklären, daß portugiesische und französische Truppen ihren Schutz übernehmen werden.

Aber selbst wenn man einmal unterstellt, die Angolaner seien nach dem Abzug der Kubaner in der Lage, ihre Probleme staatlicher Organisation allein zu lösen, so bleibt doch das Faktum, daß Angola nicht in der Lage sein wird, sich gegen die dann nicht mehr von SWA/Namibia, sondern von Südafrika aus operierenden Streitkräfte Pretorias zu verteidigen. Und zu solchen militärischen Aktionen wird es kommen: Angola hat bei einer der jüngsten Gipfelkonferenzen der sechs Frontstaaten (März 1982 in Maputo) gemeinsam mit Botswana, Mozambique, Tanzania, Zambia und Zimbabwe seine Absicht bekräftigt, den Kampf der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC weiterhin aktiv zu unterstützen. Und darauf wird die südafrikanische Regierung auch militärisch zu antworten verstehen.

Nach alledem spricht wenig für die Annahme, daß die vor fast sechs Jahren aufgenommene SWA/Namibia-Initiative der Fünf in absehbarer Zeit Erfolg haben wird. Eher wird ihr Totenschein ausgestellt werden. Denn es erscheint durchaus möglich, daß aufgrund der amerikanischen Angola-Politik die KG zerbricht, sich hier insbesondere die Wege der USA und des in früheren Jahren hier eher abseitsstehenden, jetzt aber stark involvierten Frankreichs trennen werden. So konnte es kaum Wunder nehmen, daß entgegen mancherlei Verlautbarungen in SWA/Namibia im Spätsommer 1982 ein Waffenstillstand nicht in Kraft trat. Auch waren die außerordentlich harten Worte, mit denen der südafrikanische Außenminister R. Botha im Oktober 1982 in einem Interview in den USA die Absicht Südafrikas bekundete, die Exklave Walfischbucht, den einzigen Tiefseehafen SWAs/Namibias, entgegen den Vorstellungen u. a. der KG auf keinen Fall der unabhängigen Republik SWA/Namibia zu übereignen, kaum förderlich.

3. Entwicklungsperspektiven für SWA/Namibia

Unter den gegebenen Umständen wird Pretoria wahrscheinlich erst dann zum Rückzug seiner Streitkräfte aus SWA/Namibia und damit zur Übergabe der Regierungsverantwortung an SWAPO bereit sein, wenn der Guerillakrieg in Südafrika selbst in eine fortgeschrittene Phase getreten sein wird. Denn Südafrika verfügt nicht annähernd über genügend aktive und noch zu mobilisierende Soldaten, um erfolgreich in beiden Ländern einen Krieg führen zu können. Die Größe des Landes, die Länge seiner Grenzen, die Stärke der Fünften Kolonne und das Fehlen wirklicher Verbündeter, all dies sind Faktoren, die die 4,5 Millionen weißen Afrikaner bei der Bekämpfung des ANC und anderer Befreiungsbewegungen vor viel größere Probleme stellen, als die 3,5 Millionen Israelis sie in ihrem Kampf gegen die PLO zu lösen haben. Erst eine überforderte Regierung in Pretoria wird ein konkretes Interesse daran haben, sich um jeden Preis des zusätzlichen Problems SWA/Namibia zu entledigen. Noch aber dominiert im weißen Südafrika die berechtigte Furcht, durch die Übertragung der Regierungsverantwortung an die militante SWAPO in Südafrika selbst die Positionen der weißen und schwarzen Extremisten zu stärken.

4. Zu den Entwicklungen in SWA/Namibia

Im April 1982 gelang es SWAPO wohl erstmals, Guerillakämpfer in das von weißen Farmern bewirtschaftete Dreieck Tsumeb-Tsintsabis-Oshivello einzuschleusen. Von ihnen zu verantwortende Terroranschläge lösten massiven Gegenterror des südafrikanischen Militärs aus. Die Streitkräfte Pretorias/Windhoeks drangen abermals tief nach Angola ein und kontrollieren seither den südlich der Linie Foz do Cunene-Chianje-Capelongo – südlich Chitembo – gelegenen Teil Angolas⁹. Darüber hinaus fördert die südafrikanische Regierung den Kampf der einst auch von der OAU anerkannten Befreiungsbewegung UNITA. Deren ohne diese Unterstützung nicht recht vorstellbarer Kampf konzentriert sich auf die bevölkerungsreichen Provinzen Huambo und Bié. Südafrika hofft so, u. a. die Nervenzentren der *People's Liberation Army of Namibia* (PLAN), der Guerillaarmee SWAPOs, zu zerstören. Ob das gelingt, ist von außen nicht zu beurteilen. Zu berücksichtigen bleibt, daß die Zeit gegen Südafrika spielt.

Derzeit scheint Pretoria dank seines Vorgehens in Angola militärisch auch im Norden SWA's/Namibias auf weniger Schwierigkeiten zu stoßen als in all den Jahren zuvor. Zur Überwindung der verbliebenen Schwierigkeiten wird es nur vor wenig zurückschrecken. Daß außer SWAPO auch die südafrikanischen Streitkräfte im großen Stil foltern und anderweitig Terror ausüben, das sollte eine Binsenwahrheit sein¹⁰. Schwieriger als die militärischen Probleme sind derzeit die politischen Fragen zu behandeln.

Die ohnehin von Anbeginn an gefolgschaftsarme, schwach strukturierte und entsprechend instabile Domokratische Turnhallen Allianz (DTA) zeigte in den zurückliegenden Jahren deutliche Erscheinungen der Desintegration. Am augenfälligsten war der Mitte Februar 1982 erfolgte Rückzug des Präsidenten der DTA und Vorsitzenden ihrer Owambo-Partei (*National Democratic Party*) Pastor Peter Kalangula. Er sah in dieser lockeren, noch dazu von einem Weißen (Dirk Mudge) dominierten Parteienallianz keine Gruppierung mehr, die in der politischen Auseinandersetzung gegen SWAPO eine Gewinnchance haben würde¹¹. Bereits in früheren Jahren hatten obendrein Mitglieder der DTA verschiedentlich Wahlen auf der zweiten (d. i. ethnischen) Ebene verloren. Erinnerung sei nur an die deutliche Niederlage von Mudies Republikanischer Partei gegen das »Aktionskomitee zur Bewahrung der Turnhallen-Prinzipien« (AKTUR, faktisch identisch mit der *Nasionale Party van Suidwes-Afrika*) im November 1980. Ferner hatte die DTA es nicht vermocht, das System der kleinen Apartheid abzuschaffen. Im Gegenteil, Mudge hat allem Anschein nach bei ihrer partiellen Erhaltung aktiv mitgewirkt: Er hat wohl den Erlaß der später viel gescholtenen, wohl ohne Wissen der schwarzen und braunen Parteien erlassenen Proklamation AG 8¹² mitzuverantworten. In ihr

9 S. dazu den sehr informativen Beitrag von Theodor Werner »Angola, eine vergessene Tragödie« in Institut für Internationale Solidarität-INFO (St. Augustin/Bonn) vom 20. September 1982, S. 1–14. Vgl. weiter »Angola: Behind the mask«, in »Africa Confidential« (London) 17/1982, S. 4–7 (5–6).

10 S. etwa Udo Wiemann: »Verhöre mit Elektroschocks/Folter in Ovamboland . . .«, in »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 20. Juni 1978.

11 S. dazu Leon Kok »The DTA Drama – behind the scenes«, in »The Windhoek Advertiser« vom 19. Februar 1982, S. 10–11, und »Why Kalangula quit the DTA«, in »Sunday Times« (Johannesburg) vom 21. Februar 1982, S. 24.

12 Abgedruckt in »Buitengewone Offisiele Koerant van Suidwes-Afrika« (Windhoek), No. 4127 (24. April 1980), S. 1–43.

wurde die Aufgabenverteilung zwischen der ersten (d. i. nationalen) und der zweiten (d. i. ethnischen) Ebene staatlicher Gewalt geregelt. Der letzteren, die sich alsbald als eine bequeme Nische für die Bewahrung zentraler Elemente der kleinen Apartheid entpuppte, wurden vor allem die Bereiche Ausbildung und Gesundheitswesen zugeordnet. Mudge und der damalige Generaladministrator, Gerrit Viljoen, versuchten durch den Erlaß dieser Proklamation die eher moderate RP und die rabiate AKTUR einander wieder näherzubringen. Das gelang nicht. Diese Proklamation bewirkte eigentlich nur eines: sie schwächte die in der DTA zusammengeschlossenen Parteien der Schwarzen und Braunen.

Vor dem Hintergrund ihrer Schwäche sind die sich in letzter Zeit mehrenden Meldungen zu sehen, Pretoria werde die DTA fallen lassen und anderen Politikern die Regierungsverantwortung in Windhoek übertragen. Diese werden sich aus dem Kreis der auf der zweiten Ebene Herrschenden rekrutieren, das sind vor allem Kossie Pretorius und seine AKTUR und Peter Kalangula mit seiner sich jetzt *Christian Democratic Action for Social Justice* nennenden Owambo-Partei. Wer sich der Schwierigkeiten Kalangulas mit dem nicht ganz unbeweglichen Mudge erinnert, wird keine Möglichkeit sehen, daß Kalangula und Pretorius wirklich zur Zusammenarbeit finden. Denn Kalangula will den namibianischen Einheitsstaat, wohingegen Pretorius der reaktionären KP des Andries Treurnicht nahesteht.

Es gibt unter den schwarzen Namibianern eben nur eine gefolgschaftsstarke Partei. Das ist SWAPO. Und sie will Pretoria, wenn irgend möglich, an der Übernahme der Regierungsverantwortung hindern. Von daher bleibt den weißen Südafrikanern gar nichts anderes übrig, als die Gründung schwarzer Parteien aus der Retorte zu fördern und zu versuchen, sie mit AKTUR zu verbünden. So gewinnt Pretoria Zeit, die es allerdings kaum nutzen wird.

III. Das »Modell Zimbabwe« drei Jahre nach der Unabhängigkeit

Mitte April 1980 wurde Zimbabwe unter dem aus den Parlamentswahlen von Ende Februar 1980 als souveräner Sieger hervorgegangenen Robert G. Mugabe unabhängig. Auch seriöse ausländische und deutsche Stimmen wurden damals nicht müde, der für das damalige Rhodesien gefundenen Lösung (außer für SWA/Namibia) auch für Südafrika Modellcharakter beizumessen. Dem war in der »Außenpolitik« widersprochen worden¹³. Denn zum einen handelt es sich bei dem Südafrikakonflikt um Auseinandersetzungen, die mit jenen um die Zukunft der genannten Siedlerkolonien nur relativ wenig gemein haben. Und zum anderen war abzusehen, daß selbst die so behutsame und bewundernswerte Politik der Versöhnung des Robert G. Mugabe nicht würde verhindern können, daß sich über große Probleme vor der Regierung in Harare (ex-Salisbury) auf türmen würden.

1. Zur Aussöhnung zwischen Zimbabwe und Rhodesien

Allerdings ist, allen Unkenrufen zum Trotz, bislang nur etwa ein Viertel der seinerzeit in Zimbabwe lebenden Weißen (»Rhodesier«) abgewandert. Das hat die

13 S. Klaus Frhr. von der Ropp »Zimbabwe – eine Chance mit Robert Mugabe« in »Außenpolitik« 1980. 2. Quartal, 1. 167–169 (168, 174, 179).

hochentwickelte Volkswirtschaft des Landes in einzelnen Sektoren empfindlich geschädigt. Dabei hatte es jedoch sein Bewenden, es kam also nicht zu dem im weißen Afrika vielfach vorausgesagten großen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Besonders bemerkenswert erscheint, daß immer noch an die 5500 weiße Großfarmer in Zimbabwe leben. Denn nur sie können die Ernährung der zahlreichen städtischen Zentren und die Produktion landwirtschaftlicher Exportgüter sicherstellen. M.a.W., der von vielen befürchtete Exodus mehr oder weniger aller weißen Kader, der Zimbabwe auf das inzwischen wieder sehr niedrige Niveau wirtschaftlicher Entwicklung seiner Nachbarn Angola, Zambia und Mozambique (wie auch Tanzanias) hätte zurückfallen lassen, konnte bislang vermieden werden.

Beachtung verdient, daß sich eine nicht kleine Anzahl einst führender Anhänger des *ancien régime* erstaunlich gut anzupassen vermochte. Am augenfälligsten demonstrierten dies jene neun weißen Parlamentarier, die der *Republican Front* (früher *Rhodesian Front*) des ehemaligen Ministerpräsidenten Ian Smith den Rücken kehrten und recht eng mit der ZANU/PF-Partei Mugabes zusammenarbeiten. Nachwahlen haben allerdings gezeigt, daß ihre Gefolgschaft unter den Weißen nur klein ist. Auch wenn den teils in lauter und fordernder Sprache vorgebrachten Angriffen Mugabes und anderer Funktionäre von ZANU/PF auf »das kapitalistische System« bislang nur wenig Taten erfolgt sind, so sind durch sie eben doch sehr viele der Weißen verunsichert worden. Das weit verbreitete Gefühl der Unsicherheit unter ihnen basiert aber nur zum Teil auf der Sorge vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor Enteignung von Farmen und Handwerksbetrieben, vor einem Qualitätsschwund im Bildungs- und Gesundheitswesen u. ä. Denn auch die politische Rolle Joshua Nkomos, vor vielen Jahren der mächtigste Gegner Ian Smiths, heute jedoch in Harare entmachtet und gedemütigt, belastet die Zukunft des Landes. Dasselbe gilt für die häufig von wenig Sinn für Rechtsstaatlichkeit zeugenden Reden und Maßnahmen des neuen Innenministers Herbert Ushewokunze. Es entbehrt allerdings nicht der Ironie, daß Ushewokunze sich dabei häufig auf Gesetze aus der Amtszeit von Ian Smith stützen kann. Sehr vielen der verbliebenen weißen Zimbabweer stellt sich so die Frage, ob es Mugabe gelingen wird, seine Politik der sehr großen Rücksichtnahme auf die Interessen der weißen Minderheit (ca. 170000) fortzuführen. Denn viele schwarze Zimbabweer, die das Rhodesien von Ian Smith in die Knie zwangen, wollen selbst die materiellen Früchte ihres politischen Sieges ernten. Angesichts der grotesken Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen der sehr kleinen weißen Minderheit und der schwarzen Mehrheit ist die Notwendigkeit einer einschneidenden Umverteilung schlechterdings nicht zu bestreiten¹⁴. Als aber diese Früchte der Revolution für viele Angehörige der früheren Guerillaarmee Mugabes (ZANLA) ausblieben, wechselten etliche von ihnen in die Rolle von Banditen über. Wo die Regierung aber dem Drängen einstiger Revolutionäre nachgab und wenig qualifizierte Schwarze auf bislang von Weißen gehaltene Positionen setzte, dort schuf sie häufig den überall im schwarzen

14 S. dazu etwa »Zimbabwe Gives Land To Landless, but Can Economy Bear Costs? / Mugabe is Politically Popular, But It May Reduce Crops And Earnings on Exports / A Lack of skills, Equipment«, in »The Wall Street Journal« (New York) vom 10. September 1982, S. 1, 14. Vgl. Rolf D. Baldus: »Zimbabwe/Genossenschaften und ländliche Entwicklung«, in IAF/München, 1/1982, S. 65-70.

Afrika verbreiteten Schlendrian mit seinen für Wirtschaft und Verwaltung katastrophalen Folgen.

Bedrohlicher für die Stabilität Zimbabwes ist aber, daß etliche tausend Angehörige der nach Februar 1980 gebildeten nationalen Streitkräfte im Lauf des Jahres 1982 unter Mitnahme ihrer Ausrüstung desertiert sind und seither vor allem im Matabeleland, dem Stammland Joshua Nkomos und seiner ZAPU/PF-Partei, ihre eigenen Wege gehen. Im Bürgerkrieg waren sie, Angehörige von Nkomos seinerzeitiger ZIPRA-Guerillaarmee, dank ihrer kriegerischen Traditionen und vorzüglichen Ausbildung (vor allem in der DDR und der UdSSR) den Truppen von Ian Smith im Vergleich mit den ZANLA-Truppen häufig der härtere Gegner.

2. Zur Rolle Joshua Nkomos und seiner ZAPU/PF-Partei

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte das Aufbegehren eines großen Teils der Gefolgsleute Nkomos, als dieser, um diese Zeit ohnehin nur noch Minister ohne Geschäftsbereich, im Februar 1982 von Mugabe entlassen und auf das Schärfste attackiert wurde («... *a cobra in the house... the only way to deal with a snake is to strike and destroy its head...*»). Vorausgegangen waren diesem Schritt jahrelange Versuche Nkomos, auf Kosten der viel gefolgschaftsstärkeren ZANU/PF Mugabes die Macht in Zimbabwe zu erlangen. Dies galt gewiß für die Zeit des Bürgerkrieges (1972–1979), als er, teils dank der Vermittlung westlicher und afrikanischer Drittstaaten (Nigeria, Zambia und Südafrika) mehrfach versuchte, sich auf Kosten Mugabes mit dem damaligen Premierminister Ian Smith auf die Übergabe der Regierungsverantwortung zu einigen¹⁵. Anfang 1982 wurden dann auf Nkomos ZAPU/PF-Partei gehörenden Grundstücken ca. 30 sehr umfangreiche Lager mit aus dem Bürgerkrieg stammenden sowjetischen Waffen gefunden. Sofort tauchten Erinnerungen an die ein Jahr zuvor ausgebrochenen Meutereien in Entumbane/Bulawayo und Connemara und den Marsch aufständischer ZIPRA-Einheiten aus dem Gwai River Camp nach Bulawayo auf¹⁶. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen klangen die Erläuterungen von ZAPU/PF-Offiziellen wenig glaubwürdig: Es wurde nämlich erklärt, die Waffenlager seien nur aus der Sorge heraus angelegt worden, anderenfalls den Bemühungen Mugabes zur verfassungswidrigen Umwandlung Zimbabwes in einen Ein-Parteien-Staat schutzlos gegenüberzustehen. Gewiß gibt es solche Bestrebungen der Partei Mugabes¹⁷, aber ihrer wird es kaum bedurft haben, um Nkomo über Möglichkeiten nachdenken zu lassen, seine Wahniederlage von Ende Februar 1980 zu »korrigieren«.

Mugabe antwortete, indem er außer Nkomo auch einige der anderen ZAPU/PF-Mitglieder seines Kabinetts entließ. Auch wurden zwei führende Militärs des Nkomo-Lagers, General Lookout Masuku und Dumiso Dabengwa, inhaftiert, ohne daß ihnen der Prozeß gemacht wurde. Deren Freilassung suchten übrigens später, bislang vergeblich, desertierte ex-ZIPRA-Guerilleros dadurch zu erpressen, daß sie eine Gruppe australischer, britischer und amerikanischer Touri-

15 S. dazu die zweite in Anmerkung 4 angeführte Arbeit S. 276–278.

16 S. »The Herald« (Salisbury) vom 13. Februar 1981, S. 1, 2; vom 14. Februar 1981, S. 1, und vom 16. Februar 1981, S. 1. Vgl. auch »The Herald« vom 11. März 1981, S. 1 »ZIPRA break out of Gwai after Shots«.

17 Dazu detailliert »Zimbabwe: Politics of Change«, in »Africa« (London) April 1982, S. 14–19.

sten entführten. Nicht nachprüfbar ist, ob es Angehörige des Nkomo-Lagers oder aber weiße Extremisten waren, die im August 1981 auf ein Munitionsdepot in der Nähe von Harare, im Juni 1982 auf die Residenz Mugabes und einen Monat später auf den größten Luftwaffenstützpunkt des Landes in Gweru (ex-Gwelo) bewaffnete Anschläge unternahm. Durchaus denkbar ist auch, daß diese beiden Gruppierungen hier kooperierten. Nicht zu beurteilen ist, ob Zimbabwe hier gezeigt hat, daß es den Weg Angolas und Mozambiques gehen und (abermals) in einen Bürgerkrieg stürzen wird.

In allen Frontstaaten ist man leicht mit der These bei der Hand, daß Pretoria diese oder jene dissidente Gruppe unterstütze, um so die Regierungen der Frontstaaten zu zwingen, von der Unterstützung des ANC abzulassen. Nicht alle diese Äußerungen sind aus der Luft gegriffen. So kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das weiße Südafrika außer der angolanschen UNITA auch die von der Regierung Ian Smith geschaffene *Resistência Nacional Moçambicana* massiv unterstützt. Unzweifelhaft ist ferner, daß viele frühere (schwarze und weiße) rhodesische Berufssoldaten, darunter viele außerordentlich kampferprobt, sich inzwischen in Südafrika oder SWA/Namibia aufhalten. Mugabe hat häufig behauptet, daß auch die Hilfstruppen (*«auxiliaries»*) des gescheiterten Premierministers Abel Muzorewa nach Südafrika ausgewichen seien und dort für den Kampf gegen seine Regierung ausgebildet würden. Pretoria hat solche Anschuldigungen immer als unfundiert zurückgewiesen. Im September 1982 zeigte sich dann aber, daß die These Mugabes, das weiße Südafrika sei auch um die Destabilisierung Zimbabwes bemüht, einen realen Hintergrund hat. Damals wurden nämlich drei zunächst nach Südafrika ausgewanderte weiße rhodesische Berufssoldaten in einem Gefecht mit Regierungstruppen im Südosten Zimbabwes getötet. Sie trugen zum Zeitpunkt ihres Todes südafrikanische Uniformen.

Bekannt ist schließlich, daß es vor¹⁸ und wohl auch nach der Entlassung Zimbabwes in die Unabhängigkeit im April 1980 häufiger Kontakte Nkomos zu Pretoria gegeben hat. Nichts spricht jedoch dafür, daß die südafrikanische Regierung Nkomos Partei und die ihr zugehörigen Deserteure heute in irgendeiner Form unterstützt oder gar mit ihnen in der Art kooperiert, wie sie dies mit UNITA und der RNM tut. In Zukunft mag Pretoria es aber irgendwann für opportun halten, seine Haltung zu ändern. Dann wird ihm mit Nkomo und seinen Gefolgsleuten ein exzellentes Potential zur Verfügung stehen, um Zimbabwe zu destabilisieren.

IV. Portugals desolates Erbe in Afrika

Viel ist darüber geschrieben worden, daß Portugal, eines der ökonomisch am schwächsten entwickelten Länder Europas, als Kolonisor seiner großen afrikanischen Besitzungen überfordert war. Es beutete sie aus. Trotz oder gerade wegen der eigenen Schwäche ließ es fremde Unternehmen und Drittstaaten nur sehr zögernd und auch dann nur in engen Grenzen in Mozambique und in Angola Fuß fassen. Als beide Länder dann in der Folge des Lissaboner Staatsstreichs (April 1974)

¹⁸ Vgl. dazu den zweiten in Anmerkung 4 angeführten Beitrag S. 272–278.

im folgenden Jahr unabhängig wurden, waren sie überhaupt nicht auf diese Entwicklung vorbereitet. Ihre Hinwendung¹⁹ zu den Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war nur die logische Folge von deren Unterstützung im Kampf FRELIMOs und der MPLA gegen den portugiesischen Kolonialismus. Allein, die Hilfe der RGW-Staaten vermochte den durch die Flucht nahezu aller Portugiesen (ca. 800 000) verursachten Niedergang beider Volkswirtschaften auch nicht annähernd zu kompensieren. Entsprechend desolat ist ihr Zustand heute²⁰.

Daß Mozambique und Angola dringlich westlicher finanzieller und entwicklungspolitischer Unterstützung bedürfen, hat sie, sehr gegen die Interessen der DDR, im August bzw. Oktober 1982 die sog. Berlin-Klausel akzeptieren lassen. Damit ist für Maputo und Luanda nicht nur der Weg für eine stärkere Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für die Kooperation mit der EG im Rahmen von Lomé II²¹ und dem ab Herbst 1983 auszuhandelnden Anschlußvertrag mit den AKP-Staaten geebnet. Es werden jetzt verstärkt Gelder der EG in die Projekte der *Southern African Development Co-ordination Conference* (SADCC)²² fließen. Bekanntlich versuchen die Mitgliedsstaaten dieses lockeren Bündnisses, darunter alle Frontstaaten, hier durch eine Veränderung der Handelsströme, den Ausbau ihrer Infrastruktursysteme u. a. ihre teils sehr große Abhängigkeit von dem ökonomischen »power house« des Subkontinents, der Republik Südafrika, deutlich zu mindern²³. Noch gehören solche Vorstellungen allerdings in das Reich der Utopie, mag der seinerzeitige EG-Kommissar Claude Cheysson als einer der exponiertesten Förderer SADCCs auch bei deren Gründungskonferenz im November 1980 in Maputo erklärt haben: »*Nous sommes à vos côtés*«.

Vieles von dem, was die teilweise rabiate Innen- und Wirtschaftspolitik Maputos und Luandas nicht vernichtete, wurde in den auf die Nachbarstaaten übergreifenden Befreiungskriegen in Zimbabwe und SWA/Namibia zerstört. Sollten Mozambique und Angola den Kampf des ANC um die Macht in Südafrika so unterstützen, wie sie das Vorgehen SWAPOs und seinerzeit ZANLAs gefördert haben, so werden sie, wie bereits erwähnt, Opfer einer Militärmaschinerie werden, die von der Motivation, der Ausbildung und der Ausrüstung her sehr vieles mit den Streitkräften Israels gemein hat.

Bei der Übernahme der Regierungsverantwortung hatte FRELIMO 1975 keinen ernsthaften Rivalen. Groß war allerdings die Zahl von Kollaborateuren der Portugiesen, die im revolutionären Mozambique einem sehr ungewissen Schicksal entgegensehen. Unter ihnen war eine große Zahl weißer und schwarzer Soldaten,

19 Vgl. Peter Meyns: »Angola und Mosambik – Zwei sozialistische Staaten im südlichen Afrika«, S. 256–268 in »Die Internationale Politik 1977/78«, Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn, 1982. Zu den Beziehungen Mozambiques zu den Staaten des RGW und den anderen sozialistischen Staaten s. Bernhard Weimer: »Die Mozambiquanische Außenpolitik 1975–1981«, S. 94–120, hrsg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik/Ebenhausen, März 1982.

20 S. etwa Bundesstelle für Außenhandel (Hrsg.) »Angola/Wirtschaftliche Entwicklung 1980/81«, Köln, 1981.

21 Dazu detailliert Manfred Hedrich und Klaus Frhr. von der Ropp »Lomé II im Licht der Erfahrung mit Lomé I«, in »Außenpolitik« 1978, 3. Quartal, S. 297–312; Klaus Frhr. von der Ropp »Lomé II: The European Community and The North-South Dialogue«, in »International Affairs Bulletin« (Braamfontein) No. 1/1980, S. 42–54.

22 S. dazu Gavin Maasdorp: »The Constellation of States and the Southern African Development Co-ordination Conference (SADCC): The Economic Issues«, in: »Unity for Futures Research – Newsletter« (Stellenbosch), Januar 1981, S. 1–9.

23 S. etwa Th. Malan: »Mozambique's and Zambia's Economic Relations with South Africa« und Deon J. Geldenhuys: »Some Strategic Implications of Regional Economic Relationships for the Republic of South Africa«, in »ISSUP Strategic Review« (Pretoria) Januar 1981, S. 2–12 bzw. 14–30.

darunter wiederum sehr viele Angehörige ehemaliger Eliteeinheiten des imperialistischen Portugals. So war verständlich, daß die meisten von ihnen zunächst nach Rhodesien/Zimbabwe auswichen, wo sie den Grundstock der bereits erwähnten RNM bildeten. In der Folgezeit führten sie gemeinsam mit den Streitkräften Salisburys den Buschkrieg gegen Mugabes ZANLA. Nach dessen Installierung zum Regierungschef setzten sich die Angehörigen der RNM nach Südafrika ab. Von dort wurde ihnen dann in reichem Maß logistische und anderweitige Unterstützung für ihren Kampf gegen die Regierung in Maputo zuteil. Die Reihen der RNM wurden in der Folgezeit durch gleichfalls wohlausgebildete, kampferprobte, von den Früchten ihrer Revolution jedoch enttäuschter FRELIMO-Kombattanten verstärkt. Die allgemeine Mißwirtschaft der zurückliegenden Jahre lieferte der RNM einen sehr fruchtbaren Boden für ihre subversiven Aktivitäten.

Nach den wenigen verlässlichen Meldungen, die nach außen dringen, sind heute bereits über 3000 RNM-Guerilleros im Einsatz. Ihre Zahl steigt. Die RNM operiert heute in 7 der 11 Provinzen Mozambiques. Schwerpunkte sind Manica, Sofala und Inhambane. Ziel der Operationen sind vor allem Einrichtungen der Infrastruktur, darunter die von Maputo und Beira nach Zimbabwe und Malawi führenden Eisenbahnlinien, die Pipeline von Beira nach Mutare (ex-Umtali/Zimbabwe) und die von Cabora Bassa nach Transvaal führenden Hochspannungsleitungen. Bekannt wurde auch eine Reihe politisch motivierter Entführungen, denen auch verschiedene ausländische Experten zum Opfer fielen. Die RNM erzwang so die Einstellung etlicher Entwicklungsprojekte.

Die Guerillaaktivitäten der RNM werden durch die Rundfunksendungen der ab 1975 in Rhodesien/Zimbabwe, seit Anfang 1980 aber im Transvaal stationierten *Voz da Africa Livre* unterstützt. Auch ihnen ist für denjenigen, der sich von ihnen Aufschluß über das politische Programm des RNM erhofft, nicht mehr als dessen »antimarxistische« Natur zu entnehmen. Sehr fraglich ist, ob die RNM überhaupt detaillierte Vorstellungen von den Strukturen einer von ihr geführten Republik Mozambique hat. Aber das erscheint unerheblich. Denn Südafrika dürfte es genügen, daß die RNM in Mozambique Unruhe stiftet, da dies Maputo daran hindern wird, in seiner Unterstützung für den ANC zu weit zu gehen. Wenn Maputo hier und da die Grenze des »Zulässigen« überschreitet, dann schlägt Südafrika selbst zu. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang die Ermordung der ANC-Aktivistin Ruth First (August 1982) und gut eineinhalb Jahre zuvor der Angriff südafrikanischer Truppen auf die ANC-Büros in Matola/Maputo.

Eines hat die UNITA bislang noch der RNM voraus: Ende 1981 konferierte ihr Präsident, Jonas Savimbi, mehrfach mit sehr hohen Verantwortlichen im amerikanischen State Department. Gesprächsgegenstand könnten die Beteiligung UNITAs an der Implementierung des SWA/Namibia-Planes der westlichen Fünf wie auch Möglichkeiten gewesen sein, UNITA an der Regierung Angolas zu beteiligen. Niemand wird zu sagen vermögen, ob die RNM in einem konservativer gewordenen Westen eine ähnliche politische Aufwertung erfahren wird. Aber in jedem Fall wird die RNM, genau wie UNITA, einer der wichtigen Akteure im Kampf um die allgemeine Destabilisierung im südlichen Afrika sein.